

# Vorsprung verspielt – Eine Anmerkung zum zwanzigsten Jahrestag der deutschen Vereinigung

Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn\*

20 Jahre politische Vereinigung sind Anlass zum Jubeln, 20 Jahre falsch konzipierte Wirtschaftspolitik Anlass zum Grübeln. Das Primat der Politik gegenüber den ökonomischen Gesetzen führte bei der Vereinigungspolitik zu absehbaren Problemen. Jetzt wollen viele die Dinge schönreden. Aber wo endet ein Land, das nicht einmal in der Lage ist, die Realität zu erkennen?

Oft wird darauf hingewiesen, dass in den neuen Ländern das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei 73 % des Westniveaus angekommen ist. Das stimmt zwar, gibt aber ein verzerrtes Bild. Der Einschluss Westberlins und der mit westlichen Steuergeldern aufgeblähten Löhne der Staatsbediensteten suggerieren mehr Konvergenz, als wirklich stattfand. Das privat erzeugte BIP pro Einwohner auf dem Gebiet der Ex-DDR liegt heute bei gerade mal 65,8 % des Niveaus von Westdeutschland inklusive Westberlin.

Hinter den Zahlen verbirgt sich ein Strukturwandel, der durch ein Wachstum der Industrie, insbesondere im Hochtechnologiebereich, bei gleichzeitiger Schrumpfung der überdimensionierten Bauwirtschaft gekennzeichnet ist. Das kann man als Pluspunkt anführen. Eine gesunde Wirtschaft verfügt aber nicht nur über innovative Wirtschaftszweige, sondern brummt in der Fläche, auch bei tausenden von einfacheren Tätigkeiten, die sich weniger für Hochglanzbroschüren eignen. Die 65,8 % sind nun einmal eine Aggregatzahl, die alles zusammen erfasst. Und selbst diese Zahl gibt ein übertrieben optimistisches Bild, weil sie zu etwa 60 % lokale Dienstleistungen enthält, deren Preise aufgrund einer durch Westtransfers künstlich erhöhten Nachfrage zustande kamen.

Leider ist die anfangs rasche Konvergenz bereits vor eineinhalb Jahrzehnten zum Stillstand gekommen, als viele Förderprogramme eingestellt wurden. Die geringfügige Erhöhung, die beim Vergleich der Pro-Kopf-Größen seit dieser Zeit zu verzeichnen war, ist allein durch die Verringerung der Zahl der Köpfe im Osten entstanden. Die ostdeutsche Bevölkerung ging seit Öffnung der Grenzen um etwa 2,3 Millionen zurück. Von dem Rückgang sind über 1,7 Millionen, also etwa zehn Prozent der Bevölkerung, auf innerdeutsche Wanderungsprozesse zurückzuführen. Noch in den Jahren seit 1995 schrumpfte die Bevölkerung um mehr als 1,1 Millionen oder etwa 7 1/2 %. Währenddessen waren die Wachstumsraten des BIP für beide Landesteile praktisch identisch, und verharren gemeinsam auf dem zweitniedrigsten Niveau in ganz Europa bis hin zum Ural.

Eine starke Konvergenz ist bislang nur bei den Realeinkommen zu verzeichnen, die sich aus selbst verdientem Einkommen und staatlichen Transfereinkommen zusammensetzen. Die ostdeutschen Realeinkommen liegen nach Schätzungen des ifo Instituts im Schnitt nun schon bei etwa 85 % des Westniveaus. Die realen gesetzlichen Renten liegen gar bei 126 %. Aber dies ist das Ergebnis der Transferunion, die man geschaffen hat. Knapp 1,2 Billionen € sind bislang in die neuen Bundesländer geflossen, die Transfers nach Ost-Berlin noch nicht gerechnet. Ein Sechstel davon wurde durch den Solidaritätsbeitrag finanziert. Der weitaus überwiegende Teil kam zustande, indem der Westen den Gürtel enger geschnallt und die öffentliche Verschuldung nach oben katapultiert hat. Noch heute liegen die jährlichen Nettotransfers an die neuen Länder ohne Ostberlin in der Größenordnung von 60 Milliarden € im Jahr.

Grotesk ist, dass von diesen 60 Milliarden zuletzt die Hälfte wieder als Netto-Kapitalexport aus den neuen Ländern heraus floss. Offenbar sind die Standortbedingungen nicht so, dass das Geld vor Ort investiert werden kann.

Der entscheidende Grund für die ganze Misere liegt in den anfänglichen Fehlern der Lohnpolitik. Die westdeutschen Konkurrenten der ostdeutschen Betriebe und der ostdeutschen Arbeitnehmer hatten mit Billigung der Politik noch vor der Privatisierung die Weichen für eine rasche Lohnangleichung gestellt, indem sie sich selbst zu Verhandlungspartnern in den neuen Ländern erklärten. Es galt, die Japaner und all die anderen potenziellen Investoren aus dem Ausland abzuwehren, die schon in den Startlöchern saßen. Die Treuhandanstalt, die ja eigentlich das ehemals volkseigene Vermögen vor der Entwertung durch Lohnsteigerungen hätte schützen müssen, sah dem verantwortungslosen Treiben tatenlos zu.

Nach der Privatisierung versuchten sich die ostdeutschen Unternehmen von den Fesseln der Tarifbindung zu befreien, aber das war ein schwieriger und langwieriger Prozess, weil es Nachwirkungsfristen gab und weil Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im Gefolge der

\* Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn ist Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, München. Seine Frau Gerlinde Sinn ist Dipl.-Volkswirtin und hat schon mehrfach gemeinsam mit ihrem Mann zum Thema „Deutsche Wiedervereinigung“ publiziert.

frühen Tariflohnanhebung hohe Lohnuntergrenzen einzogen. Im Übrigen tat die Politik das Ihre, diese Lohnuntergrenzen durch eine Angleichung der Sozialsysteme zu erhöhen. Erst die Agenda 2010 hat im Jahr 2004 eine Kehrtwende bei der Lohnentwicklung herbeigeführt, indem die Existenzsicherung in Deutschland ein Stück weit vom Lohnersatz auf den Lohnzuschuss umgestellt wurde.

Aber da war es bereits zu spät, weil inzwischen die anderen Länder des ehemaligen Ostblocks in die EU integriert waren und die besseren Standortbedingungen boten. Der Vorsprung von 13 Jahren, den die neuen Länder bei der Integration in die Westmärkte hatten, wurde durch die deutsche Lohn- und Sozialpolitik leichtfertig verspielt. Kein Wunder, dass Slowenien die neuen Länder beim Kaufkraftwert des privat erzeugten BIP pro Einwohner schon erreicht hat und Tschechien gerade zum Überholvorgang ansetzt. Mehr und mehr osteuropäische Länder werden wohl in den kommenden Jahren an den neuen Bundesländern vorbeiziehen.

Gerechtfertigt wurde die Lohndrängerei mit dem Hinweis auf die Abwanderungsgefahr. Aber ein gewisses Maß an frühzeitiger Abwanderung wäre keine Gefahr gewesen, sondern geradezu ein Segen. Selbst unter günstigen Voraussetzungen konnte niemand damit rechnen, dass schon in kurzer Zeit genug neue Arbeitsplätze für

alle Arbeitnehmer der neuen Länder hätten geschaffen werden können. Was sollten die arbeitslosen Arbeitnehmer, die man im Osten halten wollte, eigentlich bis zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft dort tun? Eine temporäre Beschäftigung im Westen wäre sicher besser gewesen als das Warten und Däumchendrehe im Osten, das die Politik mit ihren Sozialtransfers, die zu Bleibepremien mutierten, induziert hatte.

Ohne den Westeinfluss auf die Löhne wären die Investoren in Scharen gekommen, hätten Arbeitsplätze geschaffen und hätten die Löhne sehr rasch erhöht, ähnlich wie man es in anderen Niedriglohnländern, die in die EU integriert wurden, hat beobachten können. Vermutlich wären die Löhne in den neuen Ländern heute höher, und sicherlich gäbe es sehr viel mehr Arbeitsplätze. Eine nachlaufende Lohnentwicklung, die politisch möglich gewesen wäre, wenn sie von einer Beteiligung der neuen Bundesbürger an ihrem ehemaligen volkseigenen Vermögen begleitet worden wäre, hätte eine höhere Wachstumsrate und schließlich auch ein höheres Niveau der Löhne ermöglicht. Viele Arbeitnehmer wären wieder zurückgewandert, sodass es heute per saldo mehr Einwohner in den neuen Ländern gäbe.

Drehtüren blockieren, wenn man drängelt. Nur wer geduldig ist, kommt ans Ziel. Da hilft auch das dumme Gerede vom Primat der Politik nicht im Geringsten.